

# Wer gefährdet den inneren Frieden?

**Rede des AfD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Alexander Gauland im Deutschen Bundestag am 12. September 2018.**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bundesinnenminister hat die Migration die „Mutter aller Probleme“ genannt. Es gehört seit Monaten zum außenpolitischen Mantra der Bundesregierung, dass in Afrika und in Asien Fluchtursachen bekämpft werden sollen. In diesem Zusammenhang ist es höchst verwunderlich, dass Unionspolitiker erklären, die Bundeswehr denke über einen Einsatz in Syrien nach. Das würde zweierlei bedeuten: Mit deutscher Beteiligung würden in Syrien neue Fluchtursachen geschaffen. Und die Bundeswehr könnte in Kampfhandlungen mit russischen Streitkräften verwickelt werden. Krieg mit Russland? Frau Merkel, wollen Sie das wirklich riskieren? Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung dort?

In Afghanistan, wo die Bundeswehr ebenfalls angeblich die Sicherheit Deutschlands verteidigt, haben die Taliban weite Teile des Landes wieder unter ihre Kontrolle gebracht. Seit 17 Jahren stehen deutsche Truppen dort, und je länger sie im Einsatz sind, desto mehr Afghanen kommen als Asylbewerber nach Deutschland. Bekämpfen wir tatsächlich Fluchtursachen?

Meine Damen und Herren, „wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten.“

So steht es geschrieben im Wahlprogramm der CDU/CSU von 2002. Das war eine korrekte Prognose. Die Frage ist nur, warum haben

Sie, verehrte Kollegen der Union, sie nicht beherzigt?

Der innere Frieden in unserem Land ist in der Tat gefährdet. Ein Riss geht durch unsere Gesellschaft. Ich glaube, da gibt es keinen Dissens. Ich fürchte allerdings, dass es erheblichen Dissens in der Frage gibt, von wem diese Gefährdung ausgeht. Sehen wir näher hin.

Sonntag in Köthen: Zwei Afghanen schlagen einen Deutschen zusammen, der Mann stirbt. Samstag in Dortmund: Drei Männer, der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner, stechen einen Deutschen nieder. Samstag in Mainz: Zwei Araber greifen einen Somalier mit Messer an und rauben ihn aus. Samstag in Wiesbaden: Mehrere männliche Personen, die als „dunkelhäutig“ beschrieben werden, belästigen junge Frauen sexuell. Samstag in Fulda: Drei Schläger, der Beschreibung zufolge „Südländer“, verfolgen einen 52jährigen nach einem Discobesuch und schlagen ihn bewusstlos. Donnerstag in Friedberg: 16jähriger Syrer sticht am Bahnhof auf 18jährigen Landsmann ein...

Meine Damen und Herren zur Linken, ich breche hier ab. Finden Sie nicht auch, dass es wieder höchste Zeit wird für ein Konzert gegen rechts?

Wie ideologisch verbohrt, wie verfangen im politischen Taktieren muss man sein, wenn die erste Reaktion auf die Ermordung eines Landsmannes die Sorge ist, der Tod könne dem politischen Gegner nutzen?

Ich wiederhole meine Frage: Wer gefährdet den inneren Frieden?

Auf der linksextremen Webseite indymedia ist unter dem Titel „Bewaffnet euch!“ zu lesen: „Ein aufgesetzter Schuss aus einer Gaspistole auf einen Nazi am Kopf oder am Herz ist sofort tödlich. Da braucht es keine Umstände, um legal oder nicht an eine scharfe Pistole ranzukommen.“

Wenn man unseren politischen Mitbewerbern und den Medien glaubt, droht allerdings Gefahr von rechts. Schauen wir nach Chemnitz.

Am Rande eines Volksfestes hatten sogenannte Flüchtlinge drei Chemnitzer mit Messern attackiert, einer der drei verblutete an Ort und Stelle, die beiden anderen mussten schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Das Volksfest wurde abgebrochen. Wie beim folgenden Totschlag in Köthen besaß einer der Täter keine Aufenthaltsberechtigung.

Hunderte Chemnitzer machten spontan von ihrem demokratischen Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch und taten ihre Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin kund. Frau Merkel nannte das „Zusammenrottungen“. Das war ein Tatbestand im Strafgesetzbuch der DDR. Die DDR-Presse bezeichnete die Proteste, die zum Zusammenbruch des SED-Regimes führten, als „Zusammenrottungen“. Wenn Bürger von ihren Grundrechten Gebrauch machen und die Regierungschefin das im Duktus eines totalitären Staates brandmarkt, sollten die Alarmglocken läuten.

Die ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Antje Hermenau, eine Leipzigerin, beschreibt die Situation so: „Nach der Wende predigten sie uns strengsten Manchester-Kapitalismus: nur arbeiten und sparen. Dann kam die Finanzkrise, und plötzlich hatte es haufenweise Geld für die Griechen, die sich in die EU hineinbetrogen hatten. Und heute die Flüchtlinge: Die bekommen Geld, ohne zu arbeiten. Das empfinden die Leute als ungerecht. Zu Recht!“

Und wenn sich viele dieser Flüchtlinge auch noch mit Straftaten hervortun, ist eben eines Tages Schluss mit der Geduld!

Bei der spontanen Demonstration wurde das Motto der friedlichen Revolution von 1989 skandiert „Wir sind das Volk“. Unter den Demonstranten befanden sich auch ein paar aggressive Hohlköpfe, die „Ausländer raus!“ riefen und den Hitlergruß zeigten. Das ist unappetitlich und strafbar, aber es handelte sich um eine Minderheit, die weder repräsentativ für die gesamte Demonstration war noch das Anliegen der Mehrheit der

Demonstranten delegitimieren kann.

Die „Ausländer raus!“-Schreier und Hitlergrußzeiger sind doch die größte Hoffnung für Sie, meine Damen und Herren vom politisch-medialen Establishment. Wenn es diese Dumpfbacken nicht gäbe, wenn nur die normalen Bürger demonstrieren würden, wäre das doch eine Katastrophe für Sie! Immer tauchen solche Figuren auf und produzieren die gewünschten Bilder. Ein Schelm, der Übles dabei denkt.

Während Sie, meine Damen und Herren zur Linken, Ursache und Wirkung verdrehen, fühlen sich viele Bürger nicht mehr sicher. Und so widerlich Hitlergrüße sind, ich erlaube mir, ins Gedächtnis zu rufen, dass das wirklich schlimme Ereignis in Chemnitz die Bluttat zweier Asylbewerber war.

Doch statt die Bürger zu beruhigen und ihnen zuzuhören, goss ausgerechnet die Bundesregierung Öl ins Feuer. Sowohl die Kanzlerin als auch ihr Sprecher verbreiteten die Fake News, in Chemnitz sei es zu „Hetzjagden auf Ausländer“ gekommen. Und die Medien zogen mit. Der Nachrichtenkanal n-tv, um nur ein Beispiel zu nennen, meldete, „bürgerkriegsgeile Neonazis“ hätten „ein Trümmerfeld aus Blut und Angst“ hinterlassen. „Unschuldige Menschen werden gehetzt und gejagt wie wilde Tiere.“ Ohne jeden Beleg.

Ich wiederhole meine Frage: Wer gefährdet den inneren Frieden?

Die Wahrheit ist: Es hat in Chemnitz keine „Menschenjagden“ gegeben. Der sächsische Generalstaatsanwalt hat das bestätigt. Der Ministerpräsident hat es bestätigt. Die Polizeiberichte haben es bestätigt. Die Lokalpresse hat es bestätigt. Ja, und am Ende hat sogar Herr Seibert im Namen seiner Chefin die Unterstellung zurückgenommen. Er werde sich nicht auf semantische Diskussionen einlassen, knurrte Seibert. Nein, denn da ist nichts zu diskutieren.

(Wenn jetzt der Zwischenruf kommt, eine Truppe SPDler aus Marburg sei in Chemnitz überfallen worden: Das war am 1.

September. Vier Tage nach Seiberts Äußerung.)

Tatsächlich war die Polizeibilanz in Chemnitz nicht anders als bei einem mittleren Bundesligaspiel. Die Angriffe von Linksextremisten auf Polizisten im Hambacher Forst mit Steinen und Molotowcocktails am gleichen Sonntag waren sehr viel härter, ein Beamter musste ins Krankenhaus. Weder Frau Merkel noch Herr Seibert hielten das für erwähnenswert.

Stattdessen werden demonstrierende Bürger unterschiedslos kriminalisiert. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet will „aufhören mit diesen verständnisvollen Reden, das seien alles besorgte Bürger“. Er hat gewissermaßen der bürgerlichen Mitte die Kündigung ausgesprochen.

Sogar der Verfassungsschutzchef wird angegriffen, weil er erklärt hat, es lägen seinem Amt keine belastbaren Informationen darüber vor, dass es in Chemnitz Hetzjagden auf Ausländer gegeben habe. Was seither über Herrn Maaßen ausgekübelt wird, lässt sich nur interpretieren als: Die oberste Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Teilnahme am „Kampf gegen rechts“.

Es ist aus dieser Perspektive nur folgerichtig, dass unsere politischen Mitbewerber den Verfassungsschutz dazu nötigen wollen, die AfD zu überwachen. Und wissen Sie was? Wir haben kein Problem damit. Wir haben nichts zu verbergen. Je mehr sich der Verfassungsschutz mit uns beschäftigt, desto klarer wird sein, dass nicht die AfD die Verfassung gefährdet.

Liebe Kollegen, Sie versuchen, die Opposition zu kriminalisieren, indem Sie eine Art Volksfront gegen die AfD aufbauen. Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass noch nie in der Geschichte eine Volksfront-Politik Erfolg gehabt hat? Sie tun so, als hätten wir nur die Wahl zwischen Multikulturalismus und Faschismus. Dass man auch leben kann wie die Schweizer oder die Dänen, kommt Ihnen anscheinend nicht in den Sinn.

Frau Merkel, Sie haben, als Sie die „Hetzjagden“-Unterstellung

zurücknehmen mussten, gesagt, es habe „Hass gegeben“? Hass ist, erstens, keine Straftat und hat, zweitens, in der Regel Gründe. Warum hat es, um in Ihrer merkwürdigen Diktion zu bleiben, „Hass gegeben“? Weil die Chemnitzer schlechte Menschen sind? Oder weil sie sich als Opfer einer falschen Politik begreifen? Hassen diese Leute aus Bösartigkeit? Grundlos?

Man wird auf irgendeine Form von Selbstkritik aus Ihrem Munde wohl vergeblich warten. Aber halten wir es mit Montesquieu: „Nicht der Mensch ist zu klein, das Amt ist zu groß.“

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben diesem Land und seinen Bürgern nichts mehr anzubieten außer Sturheit, Rechthaberei und Beschimpfungen. Verbarrikadieren Sie sich im Bundeskanzleramt nur weiter vor der Wirklichkeit.

Ich wiederhole meine Frage: Wer gefährdet den inneren Frieden in diesem Land?